

Bruno Schoch

## Der Krieg im Irak und der kalte Krieg im Westen



*Dr. Bruno Schoch, geb. 1947 in Zürich, Studium der Philosophie, Geschichte und Germanistik in Basel und Frankfurt/M., ist seit 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt/M. und einer der Mitherausgeber des jährlichen Friedensgutachtens. Zahlreiche Lehraufträge u.a. in Frankfurt und Darmstadt.*

*„Das Schlimmste ist, dass die furchtbaren Attentate vom 11. September in gewisser Weise eines ihrer Ziele erreicht haben, nämlich Verwirrung in der westlichen Welt zu säen.“  
(Mario Vargas Llosa: Der amerikanische Sonderweg<sup>1</sup>)*

Es gibt gute Gründe gegen den Krieg im Irak. Es gibt allerdings auch eine Reihe schlechter. Zu den schlechten gehört, die USA für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen - antiamerikanische Ressentiments als eine Art Schwundstufe antikapitalistischer Gesellschaftskritik. Dazu gehören auch Verharmlosungen des Regimes von Saddam Hussein, dessen vom Sicherheitsrat untersagtes Streben nach Massenvernichtungswaffen für Nachbarn und Weltfrieden eine Gefahr darstellt. Zu dessen Sündenregister gehören nachgewiesenermaßen: Angriffskriege gegen Iran und gegen Kuwait, Einsatz von Chemiewaffen gegen Iran und gegen eigene Kurden, Raketenangriffe auf das neutrale Israel im Golfkrieg 1991 sowie systematische Behinderung der von der UNO seit 1991 verhängten Waffeninspektionen, um die verordnete Abrüstung zu vernebeln. Besitz von Massenvernichtungswaffen und ihr Einsatz - das ist der sprichwörtliche Unterschied ums Ganze.

Wie kann eine linke Bewegung das übersehen? So fragt Michael Walzer, Professor für Philosophie in Princeton und Spiritus Rector der unorthodoxen linken Zeitschrift „Dissent“. In einem Artikel: „Gegen den Krieg!“ entfaltet er - gegen Verharmlosung und Appeasement - eine andere Begründung: „Im Augenblick gibt es immer noch Alternativen - und das ist das beste Argument gegen einen Einsatz im Irak.“<sup>2</sup> In der Tat: So lange UN-Inspektoren ihrem Auftrag nachkamen, erschien ein Krieg nicht notwendig, um den Irak zu entwaffnen. Deshalb traten die meisten Gegner des Krieges dafür ein, die Inspektionen als Alternative

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.9.2002.

<sup>2</sup> Michael Walzer, Gegen den Krieg! Im Augenblick gibt es immer noch Alternativen - und das ist das beste Argument gegen einen Einsatz im Irak, in: Frankfurter Rundschau, 1.2.2003, S. 9.

zum Krieg fortzusetzen. Doch sind sie damit schon in einen Widerspruch verstrickt: „Die UN-Inspektoren kamen nur aus einem einzigen Grund im Irak zum Einsatz: als Konsequenz dessen, was viele amerikanische Linke und viele Europäer als leichtfertige Kriegsandrohung der USA gebrandmarkt haben. (...) Einigen von uns US-Linken ist es peinlich, einsehen zu müssen, dass die von uns so heftig kritisierte Kriegsandrohung der Bush-Regierung der Hauptgrund dafür ist, dass es überhaupt ein nachdrückliches System von Waffeninspektionen gibt; und dass es das gibt, ist heute das beste Argument gegen den Krieg.“<sup>3</sup>

Michael Walzer fordert, die Opposition gegen den Irak-Krieg müsse sich dem Hang der Bush-Administration zu Alleingängen widersetzen und für ein starkes System internationaler Zusammenarbeit engagieren. Dann macht er auf einen wunden Punkt der europäischen Kritik an der gegenwärtigen Politik Washingtons aufmerksam: „Genau das ist es, was dem Internationalismus fehlt: Auch andere Staaten, nicht nur die USA, müssen die Verantwortung für die weltweite Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz übernehmen und dementsprechend gewillt sein, politisch und/oder militärisch zu handeln. (...) Uns fiel die Kritik sehr viel leichter, wenn endlich klar wäre, dass es auch noch andere Akteure in der internationalen Staatengemeinschaft gibt, die erstens imstande sind, eigenständig und nötigenfalls mit Gewalt zu handeln, und die zweitens auch bereit sind, für solche Länder wie etwa Bosnien oder Ruanda oder eben auch Irak die Verantwortung zu übernehmen.“<sup>4</sup>

### **Krise der transatlantischen Beziehungen**

Wie es scheint, befinden sich die internationale Politik und besonders das transatlantische Verhältnis in einem Epochenbruch. Der Kalte Krieg hat Europa und die USA zusammengeführt, der „Krieg gegen den Terrorismus“ in seiner gegenwärtigen Lesart bringt sie auseinander. Zugleich sind die Europäer tief gespalten. Die Irak-Krise vergiftet die transatlantischen Beziehungen und das europäische Einigungsprojekt. Der direkte Zusammenhang, den die in der Bush-Administration auftrumpfenden Neokonservativen zwischen 11. September und Irak geltend machten, führte zum größten Zerwürfnis im politischen Westen seit langem, manche sprechen von einem kalten Krieg.

Der Papst hielt zu Beginn dieses Jahres eine dramatische Ansprache vor dem Diplomatischen Corps im Vatikan. Krieg, so Papst Johannes Paul wörtlich, „ist niemals ein unabwendbares Schicksal. Er ist immer eine Niederlage der Menschheit.“ Dem wird man nicht widersprechen. Und doch: Wie verhält sich diese kategorische Formulierung „für das Leben und gegen den Krieg“ zu der Tatsache, dass letzten Endes der europäische Faschismus nur mittels Krieg zu besiegen war? Die Befreiung Europas verdankt sich militärischer Gewalt!

Man muss nicht so weit zurückgreifen. Auch der Krieg gegen die Zivilbevölkerung auf dem Balkan konnte nur noch mit Gewalt gestoppt werden. In Bosnien sind 1992 bis 1995 mindestens 200 000 Menschen getötet und massakriert worden, Millionen wurden von Haus und Hof vertrieben, die Hälfte der Bevölkerung - weil sie irgendwie anders waren. Nachdem die EU eine Troika nach der anderen zum Vermitteln geschickt hatte, griffen schließlich die USA ein, angetrieben vom Druck ihrer Öffentlichkeit, endlich etwas gegen die Barbarei der „ethnischen Vertreibungen“ zu unternehmen. Die USA erzwangen 1995 durch Luftschläge und militärisches Drohen das Abkommen von Dayton. Bosnien ist seither noch längst nicht

---

3 Walzer, Gegen den Krieg!

4 Walzer, Gegen den Krieg!

befriedet, doch ist der Krieg gegen die Zivilbevölkerung immerhin beendet. Diese Lektion sollten wir nicht vergessen.

Was die Bewertung militärischer Mittel angeht, erleben wir zurzeit einen tief greifenden Unterschied zwischen den USA und Europa. Die Europäer vertrauen auf internationales Recht, die USA dagegen auf militärische Macht. Der Politologe Robert Kagan hat das auf ein griffiges Bild gebracht: In ihrer Vision für die künftige Weltordnung setzen die USA in Anknüpfung an Hobbes' Krieg aller gegen alle auf Sicherheit durch Machtmittel, die Europäer dagegen im Geiste von Kants philosophischem Entwurf zum ewigen Frieden auf Verträge, Völkerrecht und Kooperation.<sup>5</sup> „Mars gegen Venus“ heißt die Kurzfassung. Man mag über die philosophische Stichhaltigkeit dieser Zuspitzung verschiedener Meinung sein. Doch wer wollte bestreiten, dass die Wege der USA und Europas auseinander zu laufen scheinen. Drei Gründe seien kurz umrissen:

1. Es gibt im Gedächtnis der USA und der Europäer unterschiedliche, ja entgegengesetzte Erfahrungen mit der Realität des Krieges. Dass in den USA mehr als in Europa Krieg als Mittel der Politik akzeptiert wird, hat auch damit zu tun, dass er seit langem weit weg stattfindet. Vor allem der Zweite Weltkrieg, der historische Fluchtpunkt europäischen Nachdenkens, wird in den USA ganz anders erinnert, als es uns geläufig ist. Das kollektive Gedächtnis wird dort nicht von Ostfront, endlosen Flüchtlingstrecks oder Bombennächten bebildet. Für Amerikaner ist der Zweite Weltkrieg vielmehr „der größte Feldzug zur Verteidigung der Freiheit, den sie je unternommen haben.“<sup>6</sup> Auch im Krieg mit Saddam Hussein spielt das eine zentrale Rolle. In der Kongressdebatte über Präsident Bushs Kriegsresolution tauchten mehrfach „München“ und „Chamberlain“ auf - die Erinnerung an die Appeasementpolitik prägt ein anderes Kriegsverständnis als hierzulande. „Es ist nicht zuletzt diese diametral unterschiedliche historische Wahrnehmung, die Deutschland und Amerika derzeit einander so fremd macht. Derselbe Krieg, der in Deutschland gebieterisch zum Frieden zu zwingen scheint, dient in den Vereinigten Staaten als Ansporn für den nächsten Waffengang.“<sup>7</sup> So gesehen, nimmt sich die gängige Gleichsetzung Krieg gleich Krieg, als handele es sich immer um ein und dasselbe, als ebenso zweifelhaft aus wie die ständige Wiederholung, mit Krieg ließen sich keine Probleme lösen.
2. Ins Gewicht fällt auch die enorme Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt, auch den Europäern. Sie ist seit der Implosion des realsozialistischen Lagers kontinuierlich gewachsen. George W. Bush erhöhte den Militärhaushalt um eine Summe, die ungefähr den gesamten deutschen Verteidigungsausgaben entspricht.<sup>8</sup> Auch aufgrund dieser Machtasymmetrie neigt Washington dazu, zum Krieg als Instrument der Politik zurückzukehren - das will in Europa niemand. Gleichwohl gibt es keinen Determinismus zwischen Hypermacht und Krieg auf der einen Seite, Schwäche und Kooperation auf der anderen - der Starke hat mehr als eine Option.
3. Seit jeher verstanden sich die USA als Alternative zum Staatensystem der alten Welt. Dieses beruht seit dem Ende der Konfessionskriege auf der wechselseitigen Anerkennung staatlicher Souveränität ungeachtet der Herrschaftsform. Die neue Welt versteht sich nicht als

5 Robert Kagan, *Power and Weakness*, [www.policyreview.org](http://www.policyreview.org); übers. in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2002, S. 1149-1206; vgl. auch die Debatte in den folgenden Heften.

6 Heinrich Wefing, *Eine auswärtige Affäre. Zweierlei Angst: Warum Amerika sich für einen anderen Krieg fürchtet als Europa*, in: *FAZ*, 7.1.2003.

7 Wefing, *Affäre*.

8 Vgl. dazu Paul Kennedy, *Die Bewahrung der amerikanischen Macht*, in: Strobe Talbott und Nayan Chanda (Hrsg.), *Das Zeitalter des Terrors. Amerika und die Welt nach dem 11. September*, München/Berlin 2002, S. 62-86.

Teil dieses Staatensystems.<sup>9</sup> Man vergesse nicht, dass es das alte Europa war, das die USA zwei Mal nötigte, die außer Rand und Band geratene Welt wieder ins Lot zu bringen. Die maßgeblich von den USA geschaffenen internationalen Organisationen, zuerst der Völkerbund, dann die UNO, sollten die alte europäische Staatenwelt befrieden.

Aus diesen drei Gründen ist der Atlantik breiter und tiefer geworden. Gewiss hat die Tendenz in den USA zum Unilateralismus und zur Brüskierung internationaler Organisationen - von der provozierenden Haltung gegenüber der UNO zum Internationalen Strafgerichtshof bis hin zur Absage an Rüstungskontrolle - fast zehn Jahre vor dem 11. September begonnen.<sup>10</sup> Aus dem Zerbröckeln des realsozialistischen Lagers haben USA und Europäer unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen.

Wenn man den 11. September mit der Epochenäsur 1989/90 zusammen nimmt, zeigt sich, dass sich der Westen heute neu bestimmen muss. USA und Europa werden nicht mehr durch eine äußere Bedrohung zusammengehalten. Die Selbstdemontage der NATO in den vergangenen Monaten ist das beredte Zeugnis dafür.<sup>11</sup> In welcher Weltordnungspolitik sich die westlich-demokratischen Werte niederschlagen, ist strittig und muss neu definiert werden. Lange wurde der Westen durch den Kampf gegen Faschismus und Sowjetsozialismus zusammengeschweißt, jetzt muss er sich aus freien Stücken neu konstituieren. Vielleicht ist dies die größte Herausforderung.

Niemand hätte Grund zum Triumph, wenn der gegenwärtige transatlantische kalte Krieg die internationalen Institutionen, die seit der Atlantik-Charta geschaffen wurden und das Rückgrat der politischen und ökonomischen Ordnung des Westens ausmachten, zerschlagen würden: UNO, NATO, Weltbank, IWF etc. Dass es dazu kommt, ist gar nicht mehr undenkbar. Dieses institutionelle Gefüge verklammerte den Westen, auf ihm beruhte nicht zuletzt auch die lange Phase wirtschaftlichen Wachstums. Weil sie uns so selbstverständlich geworden sind, vergisst man leicht, dass diese Institutionen nicht vom Himmel fielen, sondern von Staaten und Menschen geschaffen wurden. Das impliziert auch, dass deren Existenz keineswegs ein für alle Mal verbürgt ist. Sie könnten zerbrechen - mit unabsehbaren Folgen.

Wer die Krise des Transatlantismus und der NATO als Chance für Europa sehen will, ignoriert, dass die europäische Integration nicht in einem luftleeren Raum erfolgte. Vielmehr gelang sie im Schatten des Ost-West-Konflikts und unter wohl wollender amerikanischer Hegemonie. Obwohl der NATO vor mehr als einem Jahrzehnt der Feind abhanden kam, ist sie doch für die europäischen Mitglieder so attraktiv gegliedert, dass keines daran denkt, sie aufzulösen. Und die mittel- und südosteuropäischen Staaten wollen dem Atlantischen Bündnis so rasch wie möglich beitreten. Beides muss gute Gründe haben.

## **Der neue internationale Terrorismus und der Irak**

Aller Propaganda zum Trotz ist eine operative Verbindung zwischen Al Qaida und dem Regime in Bagdad nicht nachzuweisen, der vielzitierte rauchende Colt ließ sich nicht finden.

---

9 Vgl. Dan Diner, *Der Krieg der Erinnerung und die Ordnung der Welt*, Berlin 1991 und Dan Diner, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2002.

10 Vgl. Harald Müller, *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt/M. 2003.

11 Vgl. Elizabeth Pond, *Das NATO-Trauerspiel*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2003, S. 433-445.

Gleichwohl gibt es einen Zusammenhang, der mehr ist als ein Vater-Komplex des amerikanischen Präsidenten.

Der 11. September widerlegte die bisherige Annahme, Terroristen ginge es weniger um Tote als um Aufmerksamkeit. Man muss unterscheiden zwischen dem älteren, politisch-instrumentellen Terrorismus, und dem neuen Typus, für den Al Qaida steht.<sup>12</sup> Dessen religiöser Fanatismus erhebt den Feind zum absoluten, weshalb es darauf ankommt, möglichst viele Feinde - „Amerikaner, Juden, Kreuzzügler und ihre Verbündeten“, wie es in den so genannten Fatwas von Bin Laden hieß - umzubringen.<sup>13</sup> Schon im Februar 1993 war ein erster Anschlag auf die Twin Towers erfolgt. Der als Ramzi Ahmed Yousef bekannte Rädelsführer und Kopf der Untat, inzwischen in den USA rechtskräftig verurteilt und inhaftiert, erzählte später den Ermittlern, dass der Plan darin bestand, „einen der 110 Stockwerke hohen Türme auf den anderen stürzen zu lassen. Er hatte auf 250 000 Tote gehofft (sic).“<sup>14</sup>

Als politische Ziele tauchen in den Fatwas Bin Ladens die Vertreibung der USA von den „heiligsten Ländern“, das Ende der Aggression gegen den Irak sowie die Befreiung Palästinas auf. Doch treten diese politischen Ziele zurück hinter der sakralisierten Pflicht, den Glauben im Kampf gegen den Unglauben zu bezeugen. Der absolute Feind duldet keine Einschränkung der Gewaltmittel, im Gegenteil. Deshalb ist von konstitutiver Gewalt im Unterschied zur instrumentellen die Rede. Dem „Time Magazine“ hatte Bin Laden auf die Frage, ob er auch chemische und nukleare Massenvernichtungswaffen einsetzen wolle, geantwortet: „Es wäre für Muslime eine Sünde, nicht zu versuchen, in den Besitz von Waffen zu gelangen, die Ungläubige davon abhalten können, Muslimen Schaden zuzufügen. Feindschaft gegenüber Amerika ist unsere religiöse Pflicht, und wir hoffen, dafür von Gott belohnt zu werden.“<sup>15</sup>

Der Wille zum Massenmord hebt diesen neuen Terrorismus vom älteren ab. Das rückt alle der Kontrolle entzogenen Massenvernichtungswaffen in ein neues Licht. Der Irak besitzt nachweislich biologische und chemische Waffen und strebt nach atomaren - das zumindest sind die Befunde der UN-Inspektionen bis 1998. Außerdem hat er, wie gesagt, Massenvernichtungswaffen eingesetzt. Das heißt nicht, dass es richtig sei, Saddam Hussein kurzerhand wegzubomben. Aber es verbietet die Verharmlosung des Regimes im Irak.

## **Hegemonialmacht USA und UNO - mehr als Unilateralismus versus Multilateralismus**

Der Unilateralismus und die neue Arroganz der Macht haben eine lange neokonservative Vorgeschichte,<sup>16</sup> sind aber unter Bush jr. zum Durchbruch gelangt. Sie drohen die UNO und das Völkerrecht zu beschädigen. Das muss kritisiert werden, es liegt im Interesse der Europäer, die UNO nicht zu schwächen, sondern zu stärken.

12 Vgl. dazu den Beitrag von Lothar Brock/Bruno Schoch in: Bruno Schoch u.a. (Hrsg.), Friedensgutachten 2002, Münster 2002, S. 33-42.

13 Instrukтив dazu Peter Bergen, Heiliger Krieg Inc. Osama Bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001, und zum politischen Islamismus: Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München-Zürich 2002.

14 Russ Baker, Vorbote des Unheils. Der Mann, der das erste Attentat auf das World Trade Center verübte, in: FAZ, 1.11.2001.

15 Hier zit. n. Ahmed Rashid, Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001, S. 230.

16 Vgl. Jürgen Wilzewski, Demokratie und Außenpolitik. Friktionen zwischen Präsident und Kongress, in: Rudolf/Wilzewski (Hrsg.), Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden 2000, S. 38-61; Frances FitzGerald, George Bush and the World, in: New York Review of Books, Sept. 26, 2002, S. 80-86 sowie Anthony Lewis, Bush and Iraq, in: New York Review of Books, Nov. 7, 2002, S. 4-6.

Die Nachfahren der europäischen Weltmächte, deren Konzert einst die Welt beherrschte, mussten von den USA internationale Kooperation und Multilateralismus mühsam lernen. Sie verstehen die europäische Integration auch als Vorbild: als Überwindung der alten Machtpolitik, die Europa zerstört hat. Gleichwohl sollte man es sich mit Vorwürfen nicht zu leicht machen, es gibt auch eine moralische Arroganz der Ohnmacht.<sup>17</sup> Wer die UNO idealisiert, versteht nicht, warum die USA sich schwer tun, sich ihr zu unterwerfen. Die USA denken nicht vom europäischen Staatensystem her, das im Großen und Ganzen dadurch gekennzeichnet ist, dass sich alle Staaten wechselseitig anerkennen: Monarchien und Republiken, Demokratien und Diktaturen. Die USA haben sich seit jeher als Hort und Garant für religiösen Pluralismus und für die vom Individualismus bestimmte Demokratie verstanden. In der UNO als Weltstaatenorganisation sind indes nicht nur Demokratien, sondern auch Diktaturen. Nicht allein Arroganz der Macht, sondern auch ihre demokratische politische Kultur erschwert den USA ihre Einbindung in die UNO.

Das 1989 untergegangene Gleichgewichtssystem war auch ein Ordnungssystem, das die Staatenwelt schlecht und recht zusammenhielt. Seit seinem Wegfall nehmen innerstaatliche Kriege zu. Und Failed States haben sich zu gefährlichen Brutstätten für „neue Kriege“, aber auch für die Privatisierung von Gewalt in Gestalt von Gewaltmärkten und internationalen terroristischen Netzwerken entwickelt. Im Zeitalter der Globalisierung kommen, wie der 11. September zeigte, Bedrohungen nicht nur von außen, sondern auch aus dem Innern; die Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit zerfließt. Deshalb kann es, wie Joschka Fischer formuliert hat, in der Welt keine „schwarzen Löcher“ mehr geben, sprich: die internationale, ja: globale Verantwortung nimmt zu.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts waren es die USA, welche die internationale Ordnung garantierten. Nun jedoch schickt sich die Bush-Administration an, mit ihrer Doktrin vom angeblichen Recht auf den Präventivkrieg das Völkerrecht über den Haufen zu werfen. Umso wichtiger, dass alle anderen wissen, wie kostbar das internationale Institutionengeflecht ist. Die Europäer sind für die Weltordnung mit verantwortlich und müssen nicht weniger als eine Friedensordnungspolitik entwickeln. Dazu gehören auch militärische Mittel. Was Soldaten und Offiziere der Bundeswehr in Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan leisten, hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit dem Feindbild „Soldaten sind Mörder“.

In der Bush-Administration gibt es eine schwer zu ertragende Arroganz der Macht. Doch die Mehrheit der Amerikaner fühlt sich seit dem 11. September im Krieg, bei den Europäern scheint Normalität eingekehrt. Das ist der neuralgische Punkt in der viel beschworenen Wertegemeinschaft. Beide Seiten haben ganz andere Vorstellungen von der künftigen Weltordnung. Das US-Militärbudget für das Jahr 2003 liegt bei 396 Mrd. Dollar - die übrigen NATO-Staaten zusammen gaben 2002 rund 180 Mrd. aus. Bushs fulminante Rede zur „Achse des Bösen“ markierte Entschlossenheit, künftig notfalls auch auf eigene Faust zu handeln. NATO und EU kamen in der Rede nicht vor, die europäischen Verbündeten nur en passant.<sup>18</sup> Sie sind den Hardlinern in Washington gleichgültig, gar lästig. „Der Starke ist am mächtigsten allein“, lässt Schiller seinen Wilhelm Tell sagen. Ob sich diese Devise zur Weltordnungspolitik eignet, ist fraglich.

---

17 Gert Krell, Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht. Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen, HSFK-Report 1/2003.

18 „Achse des Bösen“, dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2002, S. 367-370.

„Why The World's Only Superpower Can't Go It Alone“ heißt das neueste Buch des einflussreichen Harvard-Politologen Joseph S. Nye.<sup>19</sup> Die USA besitzen zurzeit eine Machtfülle, die alles übertrifft, was man aus der Geschichte kennt, sogar das alte Rom. Gleichwohl kritisiert Nye die Unilateralisten, die meinen, sich nicht mehr um Alliierte scheren zu müssen. Denn militärische Stärke übersetzt sich nicht direkt in Sicherheit, auch das hat der 11. September gelehrt. Und sie reicht auch nicht zur politischen Hegemonie. Denn die beruht darauf, dass die Schwächeren der Führungsmacht aus Überzeugung folgen. Die beste Tradition amerikanischer Außenpolitik gründet in der Einsicht, dass dem eigenen Nutzen am besten mit einem System gedient ist, das auch im Interesse der anderen ist.

Die europäische Integration als Friedensprojekt berechtigt nicht zu moralischen Überlegenheitsgefühlen. Zweifellos ist eine Welt, die durch zwischenstaatliche Verträge gesichert ist, erstrebenswerter als traditionelle Machtpolitik. Doch war es Europa, das in zwei Weltkriegen die USA dazu nötigte, die Welt wieder ins Lot zu bringen. Hinzu kommt, dass das Völkerrecht den Mangel hat, dass eine Rechtsverletzung nicht eingeklagt werden kann, solange die Sanktionsinstanz fehlt. Das Gewaltmonopol der UNO ist nicht materieller, sondern legitimatorischer Art. Materiell liegt die Gewalt bei den Staaten. So richtig deshalb das Ziel ist, die Macht des Rechts an die Stelle des Rechts der Macht setzen zu wollen - letzten Endes beruht die Geltung des Rechts auf Gewalt. Werden Verstöße nicht geahndet, taugt der beste Multilateralismus nichts. Haben die Europäer die bittere Lektion Bosniens schon vergessen?

### **Das uneinige Europa und die USA**

Dass wechselseitige Verständnislosigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks trotz der nach wie vor vorhandenen gemeinsamen demokratischen Werte so rapide wächst, irritiert. Gewiss ist es ein normaler Reflex, dass ein übermächtiger Mister Big Kritik auf sich zieht. Das Machtgefälle zwischen den USA und den übrigen Staaten lässt an reale Gegenmachtbildung nicht einmal denken - umso leichter verschiebt sich diese in die Rhetorik. Hier kann sie, wie Dan Diner gezeigt hat, auf einen reichen Fundus antiamerikanischer Ressentiments zurückgreifen.<sup>20</sup>

Die Entschlossenheit, mit der die Bush-Administration zum Krieg gegen den Irak schritt, hat Europa gespalten. Wann hat es das schon einmal gegeben, dass unmittelbar nach einem EU-Gipfel acht europäische Staats- und Regierungschefs öffentlich gegen Frankreich und Deutschland Stellung bezogen?<sup>21</sup> Freilich ging dem voraus, dass auch Berlin anfangs keinerlei Anstrengung unternommen hatte, zu einer europäischen Position zu gelangen. Der Kanzler sprach im Wahlkampf vom „deutschen Weg“. Und er hat sich früh und im Alleingang auf ein starres „Ohne uns“ festgelegt - ob mit oder ohne UNO. Das war kein vorbildlicher Multilateralismus, sondern eine hilflose unilaterale Reaktion auf den Unilateralismus der USA.

Nüchtern betrachtet, ging es Europa nach 1945 besser denn je zuvor in seiner Geschichte. Der marxistische Historiker Eric J. Hobsbawm analysierte die Nachkriegsjahrzehnte als ein

19 Vgl. Tony Judt, *Its Own Worst Enemy*, in: *The New York Review of Books*, August 15, 2002, S. 12-17.

20 Dan Diner, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2002.

21 Dokumentiert in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2003, S. 372-374.

„goldenes Zeitalter“, jedenfalls für Westeuropa.<sup>22</sup> Und das alles unter der amerikanischen Hegemonie. Der frühere polnische Botschafter in Deutschland, Janusz Reiter, erinnerte jetzt an ein altes strukturelles Problem: „Vielen Europäern fällt es leicht, Amerikas Führungsrolle zu akzeptieren. Sie würden sich aber energisch wehren, wenn eine europäische Macht den Führungsanspruch erhöbe.“<sup>23</sup>

Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, hat diesen Sachverhalt auf die berühmt gewordene Formel gebracht: Der Sinn der NATO bestehe darin, „to keep the Soviets out, to keep the Americans in, and to keep the Germans down.“ Freundlicher formuliert: Die amerikanische Hegemonie ist den meisten Europäern lieber als jede andere - ob britische, französische, deutsche, oder ob deutsch-französische. Das muss sich vergegenwärtigen, wer meint, die Krise des Transatlantismus ließe sich zum Katalysator für die Selbstbehauptung Europas ummünzen.

### **Die schwierige Aufgabe der Modernisierung, Liberalisierung, gar Demokratisierung der arabischen Welt**

Abschließend sei wenigstens noch mit einigen Stichwörtern hingewiesen auf die tiefe politische, ökonomische und ideelle Modernisierungskrise in den arabischen Ländern. Ende 2002 erschien im Auftrag des UN Development Program und des Arab Fund for Economic and Social Development eine umfassende Studie: der Arab Human Development Report 2002.<sup>24</sup> Er hat die arabische Welt umfassend analysiert, die in ihrer Entwicklung weit hinter anderen Regionen herhinkt. Das Bruttosozialprodukt der 22 arabischen Staaten zusammengenommen reicht nicht einmal an dasjenige Spaniens heran. Als Ursachen dafür machen die Autoren drei Hauptgründe aus: erstens das Fehlen individueller Freiheit, zweitens die Benachteiligung der Frau und drittens das mangelhafte Bildungssystem.

Noch ein Wort zum Erdölreichtum: Die Einnahmen werden als Revenue für die Herrschenden angeeignet, die davon patriarchalisch ein bisschen was an das Volk verteilen. Gerade das hat nicht zu Modernisierungsstrategien angetrieben. So gesehen erweist sich der natürliche Ressourcenreichtum als das Gegenteil von märchenhaftem Reichtum: als ein Entwicklungshemmnis. „Gäbe es diesen Ölreichtum nicht, so würden die arabischen Länder des Nahen Ostens in der ökonomischen Entwicklung noch hinter den afrikanischen Ländern rangieren.“<sup>25</sup>

Der genannte UN-Bericht begründet die Notwendigkeit von Liberalisierung und Demokratisierung nicht nur als Werte an sich, sondern auch als Voraussetzungen für Entwicklungs- und Modernisierungsprozesse. Bisher scheiterten Demokratisierungsansätze auch daran, dass sie den Islamisten Auftrieb verlieh und dann von den Regierenden mit Gewalt wieder abgewürgt wird. Prominentes Beispiel dafür ist Algerien, wo zu Beginn der 1990er-Jahre Wahlen abgesagt wurden, weil im ersten Wahlgang die Islamisten siegten. Wer im Westen hat dem seinerzeit nicht applaudiert?

Die politischen Systeme in allen arabischen Ländern sind autoritär oder reaktionär. Opposition wird brutal unterdrückt, Menschenrechte werden kaum beachtet, das Wort ist nicht

---

22 Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995, S. 285-499.

23 „Antiamerikanismus ist kein guter Baustoff für Europa“, in: FAZ, 5.2.03, S. 12.

24 [www.undp.org/rbas/ahdr/english.html](http://www.undp.org/rbas/ahdr/english.html).

25 Charles Hill, Mythos und Realität des arabischen Terrorismus, in: Talbott/Chanda (Hrsg.), Zeitalter, S. 101.



frei, Medien und Universitäten sind gelenkt. Allenthalben begegnen die Herrschenden oppositionellen Regungen entweder mit blanker Repression oder durch Konzessionen an den Islamismus, nicht selten kombinieren sie beides. Zwischen autoritären Systemen einerseits und politischen Islamisten sowie gewaltbereiten Fanatikern andererseits scheint es eine Korrelation zu geben. Wenn jede kritische Regung mit Gewalt unterbunden wird, wird die Moschee zum einzigen Ort, wo sich überhaupt kritische Gedanken artikulieren können. Das stärkt die Islamisten. Manche wollen sich mit spektakulären Aktionen Gehör verschaffen. Vielleicht geht die Forderung nach Demokratie zu weit. Aber die Opposition braucht eine Stimme. Ohne Öffentlichkeit, ohne Meinungsfreiheit wird sich dieser fatale Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Islamismus nicht auflösen lassen.

Die soziale Atomisierungstendenz der modernen Gesellschaft erzeugt das Bedürfnis nach Gemeinschaft. Zugleich fehlt ein neues gesellschaftliches Integrationsprinzip. Der Erfolg des politischen Islamismus besteht auch darin, dass er auf eine doppelte Krise eine Antwort zu geben verspricht: auf die Krise des Nationalismus und auf die Krise des Realsozialismus und aller sozialistischer Utopien. Der Islamismus scheint das Bedürfnis nach Gemeinschaft zu befriedigen, das die Modernisierung erzeugt. Auch insofern ist er nichts Archaisches, sondern ein Phänomen der Moderne.

Die westlichen Demokratien - und das sind eben nicht nur die USA, auch nicht nur die Staaten, sondern auch wir, die gesellschaftlichen Kräfte - müssen in Zukunft mehr tun, um Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Demokratisierung zu unterstützen. Kritische Intellektuelle und Oppositionelle brauchen unsere Unterstützung - auch wenn uns nicht alles passt, was sie sagen. Rafik Schami schreibt in seinem Tagebuch, man müsse die arabische Welt einteilen in die Zeit vor der Gründung des Senders Al Dschazira und der danach. Dieser Sender trage viel zur Freiheit des Wortes und zur Demokratisierung bei.<sup>26</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint die Intention richtig, die arabische Region langfristig zu befrieden durch Systemtransformation und Demokratisierung. Es sei an den ersten Definitivartikel in Kants Friedensschrift erinnert, dass die Verfassung republikanisch sein soll. Fragwürdig ist indes, das mittels Krieg erzwingen zu wollen; auch litt die Glaubwürdigkeit des Ziels darunter, dass es erst nach einem Katalog anderer Begründungen für den Krieg geltend gemacht wurde. Doch in der Sache verdiente diese Intention mehr Unterstützung. Wir - nicht nur die Staaten, auch die gesellschaftlichen Kräfte - haben bisher Stabilität über alles gesetzt: Solange der Ölfluss nicht behindert wird, wollen wir auch bei brutalen Menschenrechtsverletzungen nicht so genau hinsehen.

Eine Lehre des 11. September müsste die Einsicht sein, dass wir das künftig nicht mehr ungestraft so machen können. In der islamischen Welt regen sich viele über den Westen nicht deshalb auf, weil sie dessen Werte verachten, sondern weil sie nicht mehr glauben, dass der Westen sie auch ihnen gegenüber wirklich vertritt. Deshalb wünschte man sich über die richtigen Mittel und besten Wege zur Liberalisierung, gar Demokratisierung einen produktiven Wettbewerb.

Dabei werden wir die USA auch künftig brauchen. Wie Bosnien gezeigt hat, muss internationales Recht notfalls auch manu militari durchgesetzt werden. Auch für den Nahostkonflikt gilt, dass allein die USA das Potential haben - oder hätten -, von außen mäßigend auf die Gewalteskalation einzuwirken. Auch dass es zwischen Pakistan und Indien nicht zu einem nuklearen Schlagabtausch kommt oder Nordkorea seine Atomwaffen nicht einsetzt, können allenfalls die USA verhindern. Die Europäer bleiben auf die USA angewiesen. Trotz aller Kritik an den Alleingängen der Bush-Regierung müssen sie deshalb alles erdenkliche Interesse daran haben, dass sich die transatlantischen Divergenzen nicht zum unheilbaren Riss verhärten.

---

26 Rafik Schami, *Mit fremden Augen. Tagebuch über den 11. September, den Palästinakonflikt und die arabische Welt*, Heidelberg 2002, S. 18; vgl. auch Tariq Ali, *Der Fernsehsender Al-Dschasira*, in: *Lettre international* Nr. 58, Herbst 2002, S. 98f.